

Koloss von Prora für fast dreieinhalb Millionen Euro verkauft



Fast fünf Kilometer lang sind die Blöcke des alten Kraft-durch-Freude-Bades Prora. Sie wurden von 1936 bis 1939 von den Nazis gebaut. Foto: Archiv

Bund stellt Bericht zu alter NS-Immobilie vor. Geplante Mega-Projekte stocken.

Berlin/Prora – Der scheinweise Verkauf der NS-Immobilie Prora durch den Bund hat 3,45 Millionen Euro eingebracht. Das geht aus dem dazu vorliegenden Abschlussbericht des Bundesfinanzministeriums hervor, der heute dem Haushaltsausschuss des Bundestages vorgestellt werden soll. Danach hat allein der Verkauf des letzten von fünf Blöcken einen Erlös von 1,25 Millionen Euro erzielt. Der Block IV der einst von den Nationalsozialisten als „Seebad der 20 000“ geplanten Anlage war im Oktober 2011 als letztes Teilstück veräußert worden.

Bisher ist eine für 16,4 Millionen Euro umgebaute Jugendherberge mit 400 Betten die einzige größere Baumaßnahme in Prora. Investoren,

die bereits 2006 einen Teil der geschichtsträchtigen Anlage erworben hatten, schieben einen Baubeginn immer wieder hinaus.

Im Jahr 2004 hatte der Bund den Verkauf der zwischen Binz und Sassnitz gelegenen Mega-Immobilie eingeleitet. Grundlage war eine Studie, die eine Mischnutzung von Tourismus, Kultur, Wirtschafts- und Sozialeinrichtungen vorsah. Nach dem Abschluss des Verkaufs an insgesamt sechs Käufer zieht das Finanzministerium in seinem Bericht nun ein positives Fazit: Mit der Veräußerung „konnten im Ergebnis Weichen für eine zukunftsweisende Entwicklung von Prora gestellt werden“, heißt es. Als Beispiel führt das Ministerium die im Sommer 2011 eröffne-

te Jugendherberge an. Zudem entlaste der Verkauf den Bund „von künftigen Kosten der laufenden Erhaltung und Unterhaltung der denkmalgeschützten Liegenschaft“, heißt es in dem Bericht.

Der Binzer Flächennutzungsplan sieht in der NS-Hinterlassenschaft insgesamt 3000 Betten vor – allein in den Blöcken I und II sind 400 Eigentumswohnungen und zwei Hotels mit 760 Betten genehmigt. Für das 100-Millionen-Euro-Projekt, das eigentlich im Herbst 2011 starten sollte, gibt es aber keinen offiziellen Baubeginn. Investor Ulrich Busch hatte der OZ zuletzt mehrfach versichert, das Vorhaben sei nicht gefährdet. Zuletzt war er für konkrete Aussagen aber nicht mehr zu erreichen. *dpa/al*